

## **Integrationskongress am 17.10.2011 in Solingen**

### **Redebeitrag:**

**Guntram Schneider,  
Minister für Arbeit, Integration  
und Soziales des Landes  
Nordrhein-Westfalen**



Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Abgeordnete des Nordrhein-westfälischen Landtages, sehr geehrte Stadträte, Mitglieder der Kreistage, sehr geehrter Herr Kufen, liebe Frau Kirchner, meine Damen und Herren.

Ich freue mich, dass wieder einmal so viele Expertinnen und Experten der Integration aus ganz Nordrhein-Westfalen und dem Bundesgebiet nach Solingen gekommen sind.

Mein herzlicher Dank gilt der Stadt Solingen und dem Oberbürgermeister für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Gemeinsam führen Land und Stadt bereits zum 5. Mal den Integrationskongress in Solingen durch.

Und dies hat auch durchaus einen Grund. Hier in Solingen wird deutlich wie wichtig die funktionierende Bürgergesell-

schaft im Bereich der Integrationspolitik ist. Sie funktioniert hier, sie leistet hervorragendes und setzt deshalb auch einen Kontrapunkt zu mancher elenden Diskussion, die in diesem Lande zum Thema Integration in den letzten Monaten stattgefunden hat. Wir haben hervorragende Beispiele dafür, wie Integration hier in Solingen und an anderen Orten in der Praxis funktioniert. Meine Damen und Herren, wir sollten uns diese gute und positive Praxis nicht schlecht reden lassen durch Ideen aus dem vorletzten Jahrhundert, die schon einmal in Deutschland mit dazu beigetragen haben, dass fürchterliches in diesem Lande entstand.

Über siebenhundert Personen sind heute gekommen. Das zeigt: NRW braucht einfach ein Forum zum Thema Integration. Ich freue mich darauf gleich noch Zeit zu haben, um den Markt der Möglichkeiten zu begehen, zu besuchen, und sicherlich wird es dabei viele Gespräche geben, die auch zu neuen Ideen, zu neuen Anregungen in der Landespolitik führen.

Ein besonderes Anliegen dabei ist mir an dieser Stelle die Leistungen des Sports für die Integration zu würdigen. Der Sport führt Menschen unterschiedlicher Herkunft zusam-

men, er schafft soziale Bindungen, er fördert Toleranz, Zielstrebigkeit und Teamgeist - und er macht auch noch Spaß. Sehr herzlich grüße ich daher auch die anwesenden Vertreter des Landessportbundes.

An dieser Stelle ein Einwand oder ein Einschub, wir haben zwei Nationalspieler, Şahin und Özil aus Dortmund und aus Gelsenkirchen. Beide spielen bei Real Madrid und verdienen dort gutes Geld, der eine spielt in der türkischen Nationalmannschaft, der andere in der deutschen. Ich vermag hier nichts Negatives zu erkennen, ganz im Gegenteil dies ist ganz hervorragend. Das Beispiel Sahin zeigt den richtigen Weg: junge Menschen mit Migrationshintergrund gut ausbilden, einiges preiswerter dazukaufen, dann wird man Deutscher Meister. Im Übrigen ist dies ein hervorragendes Beispiel für berufliche Qualifizierung von jungen Leuten mit Migrationshintergrund. Über die Notwendigkeit hier durchzustarten hat der Oberbürgermeister ja schon gesprochen.

Meine Damen und Herren, es stimmt mich zuversichtlich, wenn ich sehe wie integrationsstark unsere Gesellschaft ist. Es ist meine feste Überzeugung, dass nicht Desintegration und Scheitern, sondern Integration und Gelingen der gesell-

schaftliche Regelfall sind. Von Gestaltungspessimismus oder gar Untergangsphantasien halte ich nämlich gar nichts.

Dieses Jahr 2011 ist, davon sprach schon Frau Kirchner ein besonderes Jahr. Es ist gespickt mit Jubiläen der Integration. In wenigen Tagen, am 30. Oktober, feiern wir den 50. Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen wird es dazu am 8. November eine Feierstunde und eine Ausstellungseröffnung geben.

Das Anwerbeabkommen war der Beginn der Einwanderung aus der Türkei. Heute stellen die türkischstämmigen Menschen neben den Aussiedlern und den Spätaussiedlern die größte Einwanderungsgruppe in Deutschland.

Es kamen Gastarbeiter zu uns, weil die deutsche Wirtschaft akut unter Arbeitskräftemangel litt. In den 60er Jahren gab es einige Monate, in denen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ausgesetzt wurden, weil man nicht wusste, wohin mit dem Geld. Und es gab mehrere Monate in denen es bei der Bundesanstalt für Arbeit, so hieß die Agentur

damals, genau so viele Beschäftigte gab wie Arbeitslose, 110.000. Also hervorragende Zeiten, und deshalb hat man türkische Kolleginnen und Kollegen angeworben als Gastarbeiter.

Der Begriff Gastarbeiter - ein Widerspruch in sich. Ich kenne keine zivilisierte Gesellschaft, in der man Gäste arbeiten lässt, aber so nannte man dies damals, auch aus einem triftigen Grund. Man war der Meinung, dass diese Menschen zurückkehren würden, sobald sie das Geld für einen Traktor oder für ein Haus in Anatolien angespart hätten. Und als viele in der materiellen Situation waren diese Pläne umzusetzen, da waren es die Unternehmen, die sagten „Nein, Nein, ihr seid jetzt angelernt, ihr seid jetzt schon so etwas wie Fachkräfte, ihr müsst jetzt hierbleiben.“ Und so entstand die Einwanderung über zwei, drei Generationen hinweg. Ohne die türkischstämmigen Menschen hätte es diese wirtschaftliche Entwicklung, hätte es den gesellschaftlichen Reichtum, der immer noch in dieser Republik vorhanden ist, nicht gegeben. Und deshalb möchte ich mich im Namen der Landesregierung auch an dieser Stelle ausdrücklich für die Leistungen der türkischstämmigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem

Lande bedanken. Verbunden mit diesem Dank entschuldige ich mich auch dafür, wie diese Menschen in den letzten Monaten durch die schon mehrfach angesprochene öffentliche Debatte diskriminiert wurden. Sie sind auch persönlich getroffen worden. Dies ist das Gegenteil von dem, was wir Willkommenskultur nennen, die bitter notwendig ist. Menschen, die über viele Jahre und Jahrzehnte unter uns leben, benötigen eigentlich keine Willkommenskultur mehr. Sie sind ja hier, sie sind unter uns, sie gehören zur nordrhein-westfälischen Gesellschaft, und sie sind in der Tat willkommen, meine Damen und Herren.

Am 19. Juni 2011 jährte sich auch die sogenannte Integrationsoffensive NRW zum 10. Mal. Die Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen, die von allen damals im Landtag vertretenen Parteien getragen wurde enthielt eine bundesweit beachtete Botschaft. Sie lautete „Zuwanderung und Integration eignen sich nicht für Polemik und Konfrontation“. Wer gestern eine bestimmte Wochenendzeitung gelesen hat, weiß was ich im Detail an dieser Stelle meine. Integrationspolitik braucht den Konsens aller im Landtag vertretenen Parteien. In diesem Sinne war die Integrationsoffensive ein Beitrag zur innenpolitischen Entspannung.

Meine Damen und Herren, 2011 ist noch aus einem weiteren Grund ein besonderes Jahr. In den vergangenen Wochen und Monaten hat das MAIS, das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, unter Beteiligung aller Ressorts der Landesregierung ein Teilhabe- und Integrationsgesetz in enger Abstimmung mit den Regierungsfraktionen erarbeitet. Das ist auch bundesweit von Bedeutung. Mit unserem Gesetz setzen wir eine Forderung der sogenannten „Süssmuthkommission“ aus dem Jahr 2001 um. Damals forderte Frau Süssmuth die Schaffung von „untereinander abgestimmten Integrationsgesetzen des Bundes und der Länder“. Der Bund hat mit seinem Aufenthaltsgesetz aus dem Jahre 2005 im Wesentlichen die Erstintegration (Sprach- und Integrationskurse etc.) gesetzlich geregelt.

Nordrhein-Westfalen als größtes deutsches Bundesland setzt nun mit seinem Gesetz den Schwerpunkt auf die nachholende oder nachhaltige Integration. Unser Integrationsgesetz steht unter dem Motto „Integration sichert Zukunft und Zusammenhalt“. Die heutigen Fachforen widmen sich den wichtigsten Feldern, der Integration von den Bil-

dungschancen und der politischen Partizipation über das bürgerschaftliche Engagement und das Erwerbsleben bis hin zum Zusammenleben in den Wohnquartieren. In all diesen Feldern bringt unser Teilhabe- und Integrationsgesetz Fortschritte. Das möchte ich Ihnen an einigen konkreten Beispielen auch näher erläutern.

Mit ihren Angeboten in der Elementarerziehung in der Schule und beim Übergang von der Schule in den Beruf verbessern die sogenannten RAA's seit über 30 Jahren aktiv die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die Landesregierung will die erfolgreichen Ansätze KOMM-IN (Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit) und RAA (Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) zusammenführen und zu Kommunalen Integrationszentren, kurz KIZ genannt, weiter entwickeln. Und zwar in allen 54 Kreisen und Kreisfreien Städten in NRW, dies wird zusätzlich 7,4 Millionen Euro aus der Landeskasse kosten. Hinzu kommen etwa 2,5 Millionen Euro aus dem Etat des Ministeriums für Schule und Weiterbildung. Das ist in Zeiten knapper Kassen ein wirklich

substantieller Beitrag des Landes zur Verbesserung der Integrationsarbeit vor Ort und zur Stärkung der Kommunen.

Integration heißt auch immer Partizipation. Für die bessere Integration der zugewanderten Menschen muss ihr politischer Einfluss erheblich gesteigert werden. Dazu gehören das kommunale Wahlrecht für alle Zuwanderinnen und Zuwanderer und die Akzeptanz der doppelten Staatsangehörigkeit. Es ist nicht einzusehen, dass ein polnischer Staatsbürger ohne Probleme auch die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben kann und dann beide ausüben kann. Ein türkischer Staatsbürger, der eine deutsche Staatsangehörigkeit anstrebt, muss sich entscheiden, es gibt einen Optionszwang, er muss entscheiden ob er Deutscher oder Türke sein will. Dies schreckt ab bei der Übernahme der deutschen Staatsangehörigkeit, und deshalb müssen wir hier etwas unternehmen. Wir müssen die Praxis, wie sie in vielen zivilisierten Ländern seit vielen Jahren üblich ist, auch in Deutschland umsetzen d. h. mehrere Staatangehörigkeiten müssen möglich sein. Und im Übrigen sehe ich auch nicht ein, dass ein türkischer Staatsbürger in Nordrhein-Westfalen den Betriebsrat in seinem Unternehmen mit wählen kann, Betriebsratsmitglied

werden kann, an den Sozialwahlen mitwirken kann, als Arbeitnehmersvertreter stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Solinger Stadtwerke werden kann, aber die Bezirksvertretung Solingen Wald nicht mitwählen darf. Wenn man Integration sagt, muss man auch Beteiligung wollen und Beteiligung heißt auswählen können, dann wird Beteiligung hart und ernst und deshalb wollen wir das kommunale Wahlrecht für alle Menschen, die sich hier über einen gewissen Zeitraum aufhalten. Wir wissen, dass dies von Seiten der Länder nicht zu realisieren ist, aber Sie können sicher sein, dass die rot-grüne Landesregierung weiterhin, ob nun über die Integrationsministerkonferenz oder über den Bundesrat, Druck machen wird.

Meine Damen und Herren, wir werden über unser Gesetz auch die strukturelle Unterfinanzierung des Landesintegrationsrates beenden. Dies ist bitter notwendig, denn seit 1997 ist der Förderbeitrag für den Landesintegrationsrat nicht angehoben worden, obwohl sich das Aufgabenspektrum und die Personal- und Sachkosten deutlich erhöht haben.

Integration ist mehr als eine staatliche Aufgabe. Der Staat ist ein wichtiger Akteur, aber er ist eben nicht der Einzige. Integration ist eine Aufgabe für Zivilgesellschaft oder Bürgergesellschaft als Ganzes. Auch hier bringt unser Gesetz Verbesserungen. Es ist ausdrücklich auch ein Teilhabegesetz. Wir erhöhen die Förderung von Integrationsmaßnahmen zivilgesellschaftlicher Akteure ganz erheblich. Wir stärken die Integrationsagenturen in Trägerschaft der Spritzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und die Organisationen der Menschen mit Migrationshintergrund. Dies ist mir besonders wichtig, Migrantinnen und Migranten sollen ihre Belange selbst in die Hand nehmen. Sie müssen in der Lage sein, selbst politisch zu agieren, und deshalb gilt es die Organisationen der Migrantinnen und Migranten zu stärken.

Meine Damen und Herren, ich denke, ich weiß ganz gut, wie es in den Betrieben und Verwaltungen aussieht. Diese Arbeit hat mich skeptisch gegenüber einer sogenannten Kulturalisierung des Integrationsprozesses gemacht. Integration ist nach meiner festen Überzeugung nicht in erster Linie eine Frage der Kultur oder gar der Religion. Integration ist viel stärker eine Frage des Zugangs zu den

materiellen Ressourcen einer Gesellschaft, und das heißt auch zu Arbeit und Einkommen. Integration ist letztlich eine soziale Frage, und Arbeit ist etwas anderes als bloße Beschäftigung und viel mehr als bloße Existenzsicherung. Ich rede von guter Arbeit, von angemessenen Löhnen und vor allem von gleichen Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungschancen für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Ich bin fest davon überzeugt, die Sozialpolitik der Zukunft wird überwiegend Bildungspolitik sein. Herr Oberbürgermeister hat eben die Benachteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen. Hier geht es um die Zukunft unserer Gesellschaft insgesamt. Wir werden unsere wirtschaftlichen Standards nur halten können, wenn wir die jungen Menschen mit Migrationshintergrund beruflich qualifizieren. Auch dies gehört zu einer Strategie zur Bewältigung des drohenden Fachkräftemangels. Wir haben hier ein Pfund, mit dem wir wuchern können, und dies dürfen wir nicht außer Acht lassen. Deshalb brauchen wir mehr Bildung und Ausbildung für die Menschen mit Migrationshintergrund, nicht nur weil mangelnde Bildung oder gar Abhängigkeit von Transferhilfen auf Dauer für den einzelnen Menschen unwürdig sind, sondern weil wir alle Menschen für die Erarbeitung

unseres wirtschaftlichen Wohlstandes in der Zukunft benötigen.

Meine Damen und Herren, ganz wichtig ist mir die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung. Wir brauchen mehr Menschen mit Migrationshintergrund, die ihr Potenzial und ihr Wissen in die Verwaltungen einbringen. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landesverwaltung liegt im Moment bei etwa 2%. Dies ist völlig ungenügend, hier muss etwas geschehen, und ein probates Mittel ist die sogenannte anonymisierte Bewerbung, die dazu führt, dass Menschen mit Migrationshintergrund wenigstens den Weg bis zum Einstellungsgespräch schaffen. Ich sage Ihnen, es ist kein Einzelfall, wenn Menschen, nur weil sie einen bestimmten Namen haben, in einer bestimmten Straße, vor allem in den nördlichen Stadtteilen der Ruhrgebietsstädte, wohnen oder sonst irgendetwas fremdländisches mitbringen, überhaupt nicht zum Einstellungsgespräch eingeladen werden. Dies ist gesellschaftliche Realität, und auch dies wollen wir mit unserem Gesetz versuchen aufzubrechen.

Meine Damen und Herren, wer glaubt, dass Gelingen der Integration und der eigene Aufstieg seien allein eine Frage des Wollens und der persönlichen Anstrengung, der irrt. Die notwendige individuelle Bereitschaft sich in die Gesellschaft zu integrieren braucht auch als Gegenstück immer auch die öffentliche Bereitschaft, den Prozess der Integration durch tragfähige Strukturen auch institutionell abzusichern. An dieser Stelle ein Wort zu Integration generell: Ich glaube, dass die traditionelle Sichtweise, auf der einen Seite gibt es die Mehrheitsgesellschaft ausgestattet mit einer Leitkultur und auf der andere Seite gibt es eine Minderheit mit anderen kulturellen Wurzeln, und diese Minderheit muss sich der Mehrheitsgesellschaft anpassen und in ihr aufgehen, nicht der richtige Integrationsbegriff ist. Wir wollen weder Assimilieren noch Germanisieren. Wir wollen, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft ihre Kultur leben können und auch ihre Religion, und zwar überall in der Welt, ob in Deutschland oder in der Türkei. Voraussetzung für eine solche integrationspolitische Strategie ist

1.

Man akzeptiert, dass Deutsch die Verkehrssprache in diesem Lande ist und lernt deshalb auch Deutsch. Sonst

sind auch z. B. alle Bildungsbemühungen von vornherein zum Scheitern verurteilt und

2.

(dies gilt aber für alle Mitglieder in dieser Gesellschaft) Richtschnur für ein möglich spannungsarmes Zusammenleben, ob nun am Arbeitsplatz oder in der Gesellschaft, ist die deutsche Rechtsordnung. Und wenn alle sich daran halten - natürlich gibt es immer Ausnahmen, die dann auch sanktioniert werden müssen - dann erwarte ich eine bunte Gesellschaft im Interesse Aller. Eine solche Gesellschaft kann für alle nur von Vorteil sein. Und deshalb ist Multi-Kulti nicht tot. Multi-Kulti lebt, und dies ist auch gut so, meine Damen und Herren.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat bei ihrer Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode, das Teilhabe- und Integrationsgesetz als einen zentralen Teil ihrer Politik bezeichnet. Ich habe im Vorfeld mit allen Fraktionen im Landtag gesprochen und bin dort auf große Offenheit und Bereitschaft zur fairen Kooperation gestoßen, was die Verabschiedung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes anbelangt. Und deshalb bin ich guter Dinge, dass wir in der Tat am 1. Januar 2012 dieses Gesetz in NRW in

Kraft setzen können. Dieses Gesetz wird nicht alle Probleme lösen, aber es wird unser Land voranbringen. Es ist die Willkommensstruktur und Willkommenskultur, die wir für überfällig erachten, und dieses Gesetz wird dazu beitragen, dass wir eben zu entsprechenden notwendigen Strukturen kommen.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die etwas strapazierte Aufmerksamkeit und wünsche einen informativen und anregenden Tag, und ich denke, wenn die über 700 Persönlichkeiten in diesem Saal morgen mit frischem Mut an die Integrationsarbeit gehen, dann werden wir weiterhin in der Integrationspolitik vorankommen, dann werden wir diejenigen, die nur Bedenken äußern können, die auf negative Beispiele verweisen können, in die Schranken verweisen.

In diesem Sinne vielen Dank für die Aufmerksamkeit.